

Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Höhendorf, Hödlik, Hennsdorf, Hölsdorf, St. Egidien, Hirschdorf, Kötzen, Kradisch, Ottendorf, Rüdersdorf, Rüßen St. Nicolas, St. Joch.

St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermühle, Schönowitz und Zinssheim

Amtsblatt für das Reg. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbereich

57. Jahrgang

Nr. 110.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbereich.

Dienstag, den 14. Mai

Haupt-Inspektionsergan
im Amtsgerichtsbereich.

1907.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertag) nachmittags für den folgenden Tag. Vierzähliger Bezugspreis 1 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Goldauerstraße 297, alle kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Würzburger Postagenten. Gute Rechnungen werden die Unterpostmeister Grundzettel mit 10, für auswärtige Interessen mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweitlängste Seite 80 Pfennige. — Inseraten-Innahmen täglich bis spätestens nachmittags 10 Uhr. — Bezugspflichtig ist.

Telegrammadresse: Tageblatt.

Bekanntmachung.

die diesjährigen öffentlichen Impfungen betreffend.

- alle im Jahre 1906 geborenen Kinder, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blätter überstanden haben (Erstimpfung);
- alle Säuglinge einer öffentlichen Behörde oder einer Privatschule, welche in diesem Jahre das 12. Lebensjahr zurücklegen, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blätter überstanden haben oder mit Erfolg geimpft worden sind (Wiederimpfung);
- alle diejenigen Kinder, welche im vergangenen Jahre der Impfung vorbehaltswise entzogen geblieben, ohne Erfolg geimpft oder wegen Gefahr für Leben oder Gesundheit aufgezögert worden sind.

Die diesjährigen öffentlichen — unentgeltlichen — Impfungen finden im hiesigen Rathaussaal an folgenden Tagen statt:

A. Erstimpfung:

- Wittwoch, den 22. Mai d. J., von 8 Uhr nachmittags ab** für die Kinder, deren Familiennamen mit einem der Buchstaben A bis R beginnt.
- Donnerstag, den 23. Mai d. J., von 3 Uhr nachmittags ab** für die Kinder, deren Familiennamen mit einem der Buchstaben S bis Z beginnt.

B. Wiederimpfung:

Sonnabend, den 25. Mai d. J., von 1/2 Uhr nachmittags ab für alle Wiederimpflinge männlichen Geschlechts und von 3 Uhr nachmittags ab für alle Wiederimpflinge weiblichen Geschlechts.

Die Nachschau der Geimpften findet an denselben Tagen und zu derselben Zeit der darauffolgenden Woche in denselben Räumen statt.

Mitern, Pflegeeltern und Vermünder der zur Erstimpfung vorgestellten Kinder werden hiermit aufgefordert, mit ihren Kindern und Pflegebediensteten zu den anberaumten Impf- und Nachschauterminen pünktlich zu erscheinen.

Zweige Bestellungen von der Impfung sind durch ärztliche Zeugnisse nachzuweisen, die für Impftermine vorzulegen sind.

Eine mündliche Bestellung zum Erscheinen im Impstermine erfolgt nicht.

Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Kroup, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen die Geimpften zum allgemeinen Impstermin nicht gebracht werden.

Die Eltern des Impflings oder deren Vertreter haben dem Impfarzte vor der Ausführung der Impfung über schiere oder noch bestehende Krankheiten der Kinder Mitteilung zu machen.

Das Wichtigste.

* Sonntag fand in Wiesbaden die Eröffnung des neuen Kunthauses in Gegenwart des Kaisers und in Düsseldorf die Eröffnung der dritten nationalen Kunstausstellung in Gegenwart des Kronprinzen statt.

* Der Reichstag wird wahrscheinlich schon am Dienstag sich vertagen und am 12. Nov. wieder zusammen treten.

* Der braunschweigische Landtag ist auf Montag zur Regierungswahl einberufen worden.

* Bei der Entgleisung eines Wagens des Schnellzuges Berlin — Wien erlitten 14 Personen zum Teil schwere Verletzungen.

* In Ludwigshafen haben sich die Ausschreibungen der Streikenden wiederholt.

* Der Streit zwischen Mexiko und Guatemala ist beigelegt.

Stimmungsbild aus dem Deutschen Reichstage.

Eigen-Bericht. 8. Berlin, 11. Mai 07.

Als erster Punkt auf der Tagesordnung stand der neue Weltpostvertrag, den Staatssekretär Krämer mit einer Reihe von Zahlen, bei denen die Milliarden noch die Kleinste waren, so wissentlich einleitete, daß er vom Hause ohne jede Debatte angenommen wurde. Noch schneller vom möglich wurde das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit der Tscheke und der Ueberseevereinbarung mit Frankreich erledigt.

Dann trat das Haus in die Beratung der Interpellationen des Zentrum und der Sozialdemokratie über die Grubenunfälle ein. Die Interpellationen wurden von dem Zentrum abgeordneten Giesberts und dem Sozialdemokraten Sachse, von dem ersten milder, von dem zweiten energischer und mit einer Anzahl Worten, wie Schlachterei und Schweineret im deutschen Bergbau begründet. Bei ihm lag das Schwergewicht darin, daß seine selbständigen Arbeiterausschüsse existieren, durch welche seiner Einsicht nach die Grubengefahren vermieden würden.

Staatssekretär Graf Bosadowky gab zunächst seinem Mitgespalt über die Katastrophen Ausdruck, um dann darauf hinzuweisen, daß der Reichstag in dieser Frage nur bis zu einem gewissen Grade kompetent sei. Reichsgesetzliche Vorschriften seien nicht verlegt worden. Die Vergesetzgebung als solche sei Sache der Einzelstaaten, Landeskirchen und Bergpolizeibehörden, nicht Reichsbehörden tragen die Verantwortung für vor kommende Unregelmäßigkeiten. Nachdem die Ausführungen noch eine kleine Ergänzung durch Erklärungen des preußischen Geheimrats Meißner gefunden hatten, die aber nicht über die der preußischen Regierung im Abgeordnetenhaus hinausklangen, gab der Elsässer-Lothringen-Unterstaatssekretär Mandel das amtliche Ergebnis der Untersuchungen bekannt, wobei er sich allerdings von vorherhin dagegen verwahrt, daß man aus dem Ergebnis von Unregelmäßigkeiten überhaupt auf noch viel schlimmere Unordnungen in der Wirklichkeit schließe. Aus den Feststellungen der Regierung ergibt sich, daß eine Anzahl kleiner Verfehlungen, wie sie sich auf die Dauer wohl nie werden vermeiden lassen, vorgekommen sind und die Katastrophen bewirkt haben. Gegenüber

den Wünschen der Gewerkschaften bemerkte er, daß 20000 Italiener in den Gruben beschäftigt seien und sich daher die Regierung nicht den Zugang gestatten könne, sich von den Gewerkschaften Direktiven geben zu lassen.

Nachdem auf Antrag Singers die Besprechung der Resolution beschlossen war, trat zunächst der Berlinsabgeordnete Dr. Wilt im Gegenseite zu den Ausführungen der Regierung für eine größere Berufsfähigung der Arbeiter ein, verlor sich aber dann unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses in unwichtige Einzelheiten. Auch der nationalliberale Abgeordnete Haumann-Hameln trat sehr entschieden für einen weiteren Ausbau der Bestimmungen ein, wobei die Kostenfrage keine Rolle spielen dürfe. Gleichzeitig machte er eine Anzahl Vorschläge, wie man in Zukunft derartige Katastrophen verhindern oder in ihren Wirkungen beschränken könnte. Nebenlich mild, wie er dachte, sich auch der konservative Abgeordnete Henning, nach dessen Ausführungen ein Mangel an gesetzlichen Bestimmungen ebenso wenig wie eine Vernachlässigung der Kontrollvorschriften nachgewiesen werden könnte. Im Gegensatz hierzu wiesen dann die beiden letzten Redner, der christlich-soziale Abgeordnete Behrens und der Abgeordnete Kießling von der Sozialdemokratischen Partei darauf hin, daß nur durch eine einschlägige Arbeitersorganisation und Einrichtungen von Arbeitskontrollen weiteren Unglücks verhindert werden können. Der Abgeordnete Kießling forderte noch besonders die Aufhebung der Reichsgesetzgebung auch auf dieses Gebiet. Damit würden die weiteren Besprechungen zeitig abgeschlossen.

Berlin, 13. Mai. Bei Segelschiffenversuch des Reichstages vereinbart, am Dienstag in die Ferien